

Kleine Anfrage

Preissteigerungen und Auswirkungen

Frage von Stv. Landtagsabgeordneter Markus Gstöhl

Antwort von Regierungsrat Manuel Frick

Frage vom 28. September 2022

Die Energiepreise steigen an. Der Gaspreis hat sich in den letzten Monaten vervielfacht, der Strompreis wird auf nächstes Jahr verdoppelt. Es ist auch mit steigenden Krankenkassenprämien zu rechnen. In der Schweiz steigen die Prämien um 6,6% bei Erwachsenen. Diese Entwicklung wird viele Haushalte in Liechtenstein in eine schwierige Situation bringen. Für die Entwicklungen wird die Politik verantwortlich gemacht und die Menschen erwarten sich nun Lösungen für ihre Engpässe. In umliegenden Ländern, besonders in Deutschland und Österreich, ist ein regelrechter Aktionismus in Sachen Entlastungspakete ausgebrochen. Daher wäre für mich interessant, einige Stellungnahmen der Regierung zu erhalten, wie dieser Entwicklung begegnet werden kann. Die Bevölkerung erwartet Antworten. Daher meine Fragen:

- * Welche Gefahren sieht die Regierung gesellschaftspolitisch mit Blick auf diese Entwicklungen?
- * Wie ordnet die Regierung die Massnahmen in Deutschland und Österreich finanz- beziehungsweise sozialpolitisch ein?
- * Mit welcher Steigerung der Anzahl von Sozialhilfersuchen rechnet die Regierung?
- * Wann werden in Liechtenstein die Krankenkassenprämien für das nächste Jahr veröffentlicht und rechnet die Regierung mit ähnlichen Preissteigerungen für die Versicherten, wie sie in der Schweiz stattfinden?
- * Was müsste gegeben sein, damit die Regierung hinsichtlich der Entwicklungen konkrete Massnahmen trifft, damit nicht grosse Teile der Mittelschicht in die Armut abrutschen?

Antwort vom 30. September 2022

Zu Frage 1:

Die hohen Energiepreise können einkommensschwache Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten bringen, was gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial birgt. Die von der Regierung eingesetzte Taskforce "Energiepreise" unter der Leitung des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt wird nun die Auswirkungen der steigenden Energiepreise analysieren und mögliche Massnahmen zur vorübergehenden Abfederung evaluieren.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage soll die Ausrichtung der allgemeinen wirtschaftlichen Sozialhilfe sowie der Ergänzungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner angepasst werden. Um den Anstieg der Energiepreise insbesondere für Strom und Heizkosten für die Bezügerinnen und Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen auszugleichen, plant die Regierung, in beiden Bereichen auf dem Verordnungsweg befristet für ein Jahr Anpassungen der Pauschalen vorzunehmen. Zudem wird das Amt für Soziale Dienste die Maximalwerte in den Richtlinien anpassen.

Zu Frage 2:

Die Situation in Liechtenstein ist mit der Situation in Deutschland und Österreich nicht direkt vergleichbar, insbesondere hinsichtlich der Inflation. Allenfalls können Massnahmen in Deutschland und Österreich im Rahmen der Taskforce Energiepreise vergleichend evaluiert werden.

Zu Frage 3:

Der Regierung liegen hierzu keine Daten vor.

Zu Frage 4:

Die Krankenkassenprämien für 2023 werden am 4. Oktober 2022 bekanntgegeben.

Zu Frage 5:

Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht davon auszugehen, dass die Gefahr besteht, dass grosse Teile der Mittelschicht in die Armut abrutschen. Die Taskforce "Energiepreise" prüft aber die Auswirkungen der steigenden Energiepreise sowie die Notwendigkeit von Massnahmen zur vorübergehenden Abfederung.